EUROPA-BRIEFE

Herausgeber: Hans Christoph Frhr. von Stauffenberg
PRIVATER INFORMATIONSDIENST

Nr. 197 / 7.September 1953

Zum INHALT :

AKTUELLES aus BONN.-
DEMOKRATIE oder "DEMOKRATUR"? -
Die europäische ALTERNATIVE.-

Der aktuelle Bericht aus Bonn:

SPD: GROSSE KOALITION. - "Nach der sehr deutlichen Offerte des DGB-Vorsitzenden Freitag in Essen zur Unterstützung einer großen Koalition und den Äußerungen führender SPD-Politiker gilt hier der SPD-Wunsch als Vater des Freitag-Gedankens. In der CDU glaubt man daraus zu erkennen, daß die SPD in der großen Koalition den einzigen Weg sieht, um an einer künftigen Regierung teilzunehmen und aus der Gefahr einer weiteren Isolierung für vier Jahre herauszukommen. Die SPD-Erwartungen gründeten sich dabei auf den gegenüber 1949 verstärkten Einfluß des linken CDU-Flügels und die Person des bayerischen CSU-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Dr.Ehard, der zum erklärten Gegner Adenauers geworden sei und mit Kaiser und Arnold zusammen über ein starkes Gewicht in der CDU-CSU verfüge. Wenn die CDU in der Wahl geringe Verluste erleide, werde sich das zugunsten der Argumentierungen der parteiinternen Opposition auswirken müssen. - Das "Große-Koalitions"-Ziel der SPD zeige sich auch an der Art ihres Wahlkampfes, den sie ersichtlich gegen die Person Dr.Adenauers, nicht aber gegen die CDU selbst führe, sowie aus dem Bemühen, die bisherigen Koalitionspartner FDP und DP als 'neofaschistisch' und demokratisch 'unzuverlässig' zu verdächtigen und zu schwächen." -

BRITISCHES ZIEL: GROSSE KOALITION. - "Eine große Koalition werde auch von den Briten deutlich begünstigt. Dabei wird auf eine außenpolitische Spekulation der Engländer verwiesen, die dahin gehe, daß eine große Koalition in Bonn voraussichtlich selbst von der EVG abrücken und damit die britische Politik von ihrem bisherigen Engagement in dieser Richtung auf die einfachste Art befreien würde, sodaß London unter Berufung auf Bonn freie Bahn für den von Churchill im Mai entworfenen Kurs bekomme, ohne Washington gegenüber Differenzen auf sich laden zu müssen. Auch die konservative Regierung behandele die von der Labourregierung zur SPD und zum DGB geschaffenen Beziehungen pfleglichst. Dafür habe der ungewöhnliche Abschiedsbesuch Sir Ivon Kirkpatricks beim DGB-Vorstand in Düsseldorf einen symptomatischen Beweis gegeben. Bislang habe z.B. kein amerikanischer Oberkommissar etwa eine solche Visite durchgeführt, wenn er sich aus Deutschland abmeldete. Auch die britische Warnung an Conant vor den eventuellen 'Nachteilen' einer diplomatischen Wahlunterstützung für Dr.Adenauer unter Hinweis auf das Beispiel de Gasperis liege zweifellos auf der Linie des britischen Interesses am Wahlausgang. - Auf amerikanischer Seite dagegen bestehe die Auffassung, daß die Weiterführung der bisherigen Koalition die bessere Lösung sein werde. - In der französischen Oberkommission wird völlige Zurückhaltung inbezug auf die Bundestagswahlen geübt." -

b.w.

Der Inhalt des Dienstes ist nur für den Empfänger bestimmt - Zuschriften nach: Ulm-Donau, Hirschstraße 5 - Postscheckkonto Stuttgart 72552

CDU: OPTIMISTISCH. - "Bei der Mehrzahl der führenden CDU-Politiker besteht für eine große Koalition derzeit wenig Sympathie. Man erwartet einen sicheren Wahlerfolg und keine entscheidenden Personalveränderungen in der Regierung. Innerpolitische Komplikationen könnten sich allerdings dann einstellen, wenn die SPD als stärkste Bundestagsfraktion in den neuen Bundestag einzöge. Nichtsdestotrotz werden bereits neue Ministerbesetzungen erörtert. Da Dr.Adenauer die Aufgabe der Personalunion Kanzler-Außenminister für den neuen Bundestag zugesagt habe, wird vonseiten der CDU Fraktionschef v.Brentano als künftiger Außenminister genannt; für das Innenministerium wird der stellvertretende Fraktionschef Dr.Schröder, danach Dr.Ehlers oder Dr.Lenz genannt. Letzterer wird auch als Anwärter auf das Justizministerium oder ein neu zu schaffendes Staatsministerium erwähnt, falls das geplante Informationsministerium nicht zustandekomme. Der bisherige Ministerialdirektor Dr.Globke soll ihn dann im Staatssekretariat beim Bundeskanzler ablösen. Die Minister Schäffer und Erhard gelten als tabu. Für den Ernährungsminister Dr. Niklas, der aus Staatsdienst und Bundestag ausscheiden werde, wird als eventueller Nachfolger von der DDU her der frühere nordrhein-westfälische Ernährungsminister Lübke genannt. Jedoch bleibt offen, ob das Ministerium einem Koalitionspartner - wahrscheinlich dem BHE - angetragen würde. Auch das gesamtdeutsche Ministerium gilt vorerst als für den BHE-Vorsitzenden Kraft reserviert. Als CDU-Kandidat für ein Verteidigungsministerium gilt F.J. Strauss. -

In der FDP unterliegen Ministerkandidaturen noch der Ungewißheit darüber, welche Gruppe nach der Wahl den Kursausschlag geben wird.
Bei der DP werden Hellwege und Seebohm als Ministeranwärter angesehen; Dr.v.Merkatz wird ebenfalls Minister-Reife zuerkannt." -

SPD UND KIRCHEN. - "Der zweite SPD-Vorsitzende Mellies überraschte in einem Presseinterview mit der Mitteilung, daß sich die SPD 'aus alten weltanschaulichen Bindungen' völlig befreit habe und daß in ihren Reihen heute bekenntnistreue Christen der evangelischen Konfession, - wie z.B. er selbst, - mitbestimmend tätig seien. - Von evangelischer Seite wurde dazu bemerkt, daß sich in der bisherigen SPD-Fraktion in Bonn 12o Abgeordnete als Dissidenten, 5 als gottgläubig und der Rest als einer Konfession zugehörig bezeichnet hätten." -

AUSWÄRTIGE SPRACHREGELUNG. - "Die Missionschefs wurden durch das Außenamt angewiesen, während des Wahlkampfes Fragen dillatorisch zu behandeln, die von der Opposition propagandistisch gegen die Regierungspolitik ausgewertet werden könnten. Beispielsweise die deutsch-holländischen Differenzen bezüglich der Rheinschiffahrt oder die Schwierigkeiten bezüglich der Montanunion, die sich für die deutsche Stahlproduktion aus der französischen Preisunterbietung mithilfe von Exportsubventionen ergeben haben. Sachverständige befürchten von einer Beibehaltung der bisherigen Stahlpreispolitik der Montanunion in nächster Zeit Absatzschwierigkeiten und Entlassungen im Ruhrgebiet. Die Angelegenheit soll indes im neuen Bundestag unverzüglich aufgegriffen werden." -

NAUMANNS ENTNAZIFIZIERUNG. - "Wie es hier heißt, gingen der Ausschaltung Dr.Naumanns von den Bundestagswahlen angeblich mehrwöchige Verhandlungen von Staatssekretär Lenz im Auftrage des Bundeskanzlers mit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und den Engländern voraus, die zu dem bekannten britischen 'Entgegenkommen' und der Verordnung des nordrhein-westfälischen Innenministers über Naumann geführt hätten. - Aus dem Bundeskanzleramt wurde bekannt, daß gegen die DRP nach den Wahlen ein Verfahren wie seinerzeit gegen die SRP auf Verbot als verfassungswidrige Organisation eingeleitet werden solle. Dadurch würden gleichzeitig eventuelle DRP-Mandate im Bundestag hinfällig gemacht werden können. - Zur Fatalität des Zeitpunktes dieses Vorgehens gegen Naumann äußerte sich als einziger führender Vertreter der Bundesrepublik

Europa-Briefe

Hellwege, indem er darauf hinwies, daß man eigentlich acht Jahre Zeit gehabt hätte, um die hier anstehenden Rechtsfragen auf rechtlich einwandfreie Weise zu klären. Diesen Anspruch jedenfalls kann der politische Ausweg in eine Verordnungspraxis nicht erheben, die sich auf Abtretungen besatzungsrechtlicher Formeln stützt." -

"KAMPFAKTIONEN". - "Aufmerksame Beobachtung fanden Freitags Hinweise auf künftige gewerkschaftliche "Kampfaktionen" in Essen. Sie wurden unterstrichen durch eine Auslassung des Gewerkschaftsvorsitzenden der I.G. "Nahrung, Genuß und Gaststätten", Nätscher, wonach "im Bundesgebiet der Generalstreik nicht ausgeschlossen sei, wenn die heiligsten Güter der Gewerkschaft in Gefahr kämen." - Man weist auf die bedeutsame Parallelität hin, die sich in den Gedankengängen dieser Auslassungen mit der soeben absolvierten Praxis in Frankreich zeige, sowie auf die Tatsache, daß diese "Kampfsymptome" dem Internationalen Sozialisten-Kongreß in Stockholm vom Juli mit auffallender Planmäßigkeit folgen. Bezüglich dieses Kongresses und der westeuropäischen Symptome besteht in Kreisen der US-Oberkommission der Verdacht, daß es dem Kreml gelungen sei, unbekannte Fäden in die Hand zu bekommen und eine strategische Konzeption zum Vorteil seiner eigenen Wünsche und Pläne durch sozialistische Taktiker ausspielen zu lassen." -

---

Herrn Dr. Bölich

Demokratie oder Demokratur?

Niedersachsens DGB-Landesvorstand gibt laufend zweimonatlich einen organisationsinternen Informationsdienst heraus; Titel: "Feinde der Demokratie". Das ist eine Art Schmetterlingssammlung, in der für die Funktionäre der Organisation fortlaufend aufgespießt wird, was, und wer - wie es dort heißt - "aus gewerkschaftlicher Sicht" als demokratiefeindlich deklariert werden soll. Nun ist bei dieser Unterscheidung ersichtlich eine stillschweigende Gleichsetzung von gewissen parteiideologischen Grundsätzen mit denen der Demokratie vorausgesetzt worden, die aus der Demokratie einen Zweiklassenstaat von staatsbürgerlichen Pharisäern und Zöllnern machen müßte, wenn sie wirklich zum Grundgesetz der Demokratie werden würde. Der Totalitarismus einer totalen ideologischen Wertung aller politischen und geistigen Bestandteile der deutschen Wirklichkeit kann schließlich nicht ausgerechnet als beispielhaft für eine echte Demokratie gelten; denn in letzter Instanz würde er die Freiheit der persönlichen Entscheidung und damit das eigentliche Wesen wirklicher Demokratie vernichten, gleichgültig, ob das durch einen faschistischen, bolschewistischen oder syndikalistischen Totalitätsanspruch geschähe. Der Sache nach sind das nur graduelle, keine prinzipiellen Unterschiede; der Wirkung nach führen sie insgesamt zur Entrechtung des Menschen von seinen persönlichen Freiheitsrechten. Demokratie als Demokratur pflegt sich als Vorhof der Diktatur zu erweisen, und der Unterschied zwischen der Diktatur eines Diktators oder der Diktatur eines anonymen Funktionärskonsortiums kann hinsichtlich der Gefahr für die menschliche Freiheit und für den freiheitlichen Rechtsstaat nicht ernstlich akzeptiert werden.

In dem genannten Informationsdienst wurde in dieser Richtung in den Ausgaben März-April (Nr.6) und Mai-Juni (Nr.8) im gewerkschaftlichen Namen die Probe einer eigenen Art von "Mc Carthysmus" geboten, die der Methode wegen eine grundsätzliche Beachtung verdient. Es ist für die hektische und absichtsvolle Verwirrung über die Elementarfragen der geistigen und der politischen Freiheit bezeichnend, daß auf der einen Seite eine recht laute moralische Entrüstung über die amerikanische Säuberung amerikanischer Bibliotheken in Deutschland von kommunistischen Schriften zu hören war, - während andererseits im gleichen Augenblick für die deutschen Verhältnisse eine neue "Reinigung" des literarischen Lebens unter dem Schlagwort "Vom nationalsozialistischen Ungeist in unserer Zeit" unter Berufung auf solche Grundsätze gefordert wurde, die inbezug auf Mc Carthys antikommunistischen "Büchersturm" als undemokratisch verworfen wurden.

b.w.

Diese Agitation gegen die "Feinde der Demokratie auf dem Büchermarkt" richtet sich nun nicht gegen einzelne Werke und Gedankengänge, sondern gegen ein "Kollektiv". Dieses Kollektiv "nazistischer Sumpfblüten" besteht aus nahezu sämtlichen Schriftstellern, die nach 1933 nicht emigrierten; ihnen werden kurzerhand alle politischen Schreiber und Schriftsteller beisortiert, die weder im NS-Staat noch heute in irgendeinem literarischen Sinne dichterische Bedeutung besaßen oder beanspruchten. Dann wird das Ganze von "A bis Z", d.h. buchstäblich von "Alverdes bis Zillich", kurzerhand als "demokratiefeindlich" niedergewalzt und es bleiben als Repräsentanten der deutschen Literatur namentlich nur noch übrig: Döblin, Leonhard Frank, Fulda, Kaiser, Kellermann, Thomas Mann, Mombert, Paquet, Pannwitz, Schickele, Unruh, Wassermann, Werfel. -

Während nun diese Schriftsteller als "Opfer des nationalsozialistischen Ungeistes" beklagt werden, weil sie von Hitler "aus der Akademie der Dichtung ausgestoßen und ihre Bücher vom Mob verbrannt" wurden, wird nunmehr gegen alle anderen in Umkehrung dieses Ungeistes in einer Art zu Felde gezogen, die deutlich erkennen läßt, wie wenig es den Agitatoren um eine geistige Auseinandersetzung und wieviel mehr es ihnen um eine Scheiterhaufenpolemik zu tun ist, deren Holz lediglich noch nicht trocken genug zu sein scheint. Als "Schänder" der deutschen Literatur unter Hitler werden "dreizehn Männer und eine Frau" vorgestellt, die "unter dem großen Verführer Hitler an dessen Hand in die ihnen verwehrte Unsterblichkeit marschieren wollten", - die "Präsidialmitglieder der NS-Dichterakademie, -: sie hatten, so heißt es da, "sich einmal in einem bewußten Gegensatz zum 'Literaturbolschewismus' zu bewegen, dem nachgesagt wurde, daß er dem politischen und weltanschaulichen Chaos diene und einer rassenfremden Literatenschicht die Möglichkeit gäbe, mit Haß und Zynismus das deutsche Wesen zu zerstören", - usw. Diese "dreizehn" und "eine Frau" seien gewesen:

Werner Beumelburg, H.F. Blunck, Hans Carossa, Peter Dörfler, Paul Ernst, Fr. Griese, Hans Grimm, Hans Johst, E.G. Kolbenheyer, Agnes Miegel, Börries v.Münchhausen, Wilhelm Schäfer, Emil Staub, Will Vesper.

Nun handelt es sich hier augenscheinlich doch um eine bewußte literarische Disqualifizierung mit politischen Mitteln aus einer politischen Perspektive, die mit dem künstlerischen Gegenstand gar nicht gleichgesetzt werden kann ohne "totalitären" politischen Anspruch. Von einer Objektivität selbst in der Frage der Verbindung von literarischen und politischen Aspekten kann keine Rede sein. Denn sonst wäre in diesem Zusammenhange die Frage zu beantworten gewesen, wieweit sich beispielsweise Thomas Mann durch die Entgegennahme des sowjetzonalen Goethepreises in Weimar seinerzeit gegen die antitotalitären Prinzipien versündigt und der Unterstützung des kommunistischen Terrorregimes schuldig gemacht habe. Die Frage wurde weder gestellt noch beantwortet. Das Feld der "freiheitlichen" Grundsatzklärung ist also nach politischen Zwecken abgezäunt, die ihrerseits keineswegs einer demagogischen Zweideutigkeit in Sachen der geistigen und der politischen Menschenfreiheit ermangeln.

Das erweist sich sehr deutlich an den primitiven politischen Spruchkammerrichtlinien, mit denen hier die "Betroffenen" aus dem Raum der literarischen Gestalter und der zeitgenössischen geistigen und künstlerischen Bedeutungen geworfen werden sollen. Das wird auf diesem gewerkschaftlichen Index kurzerhand etwa so gemacht:

"Als Gründer der NS-Zeitschrift 'Das Innere Reich', deren Herausgeber und Hauptschriftleiter er war, erwarb sich Paul Alverdes das Ansehen eines literarischen Interpreten der NS-Zeit." -
(Das 'Innere Reich' stand bekanntlich in bewußter Opposition zur NS-Kulturpolitik und kam dabei unter die Räder.)

"Ludwig Friedrich Barthel,... wirkte als Staatsarchivar in München und schrieb vom inneren Vaterlande und vom Dom aller Deutschen." -

"Als Vorbereiter und deshalb Mitschuldiger an der geistigen Verseuchung muß der Maurersohn Max Barthel genannt werden. In seinen 'Versen aus den Argonnen', seinen Geschichten aus dem Kriege, half er jenen Ungeist bilden, der der Verherrlichung des Menschenmordes diente." -

"Von dem vergessenen Heer, von Tannenberg, schrieb der in Neidenburg geborene Georg Basner." -
"Im preußischen Mief der Kasernen wuchs Hans Baumann auf. Mit seinen Werken, in denen es von Trommeln rasselt und Lagerfeuer entzündet werden, half er an der Vergiftung der aufwachsenden Jugend." -

"Eine Spitzenentwicklung der NS-Literatur stellt sich in Werner Beumelburg vor, - Kriegsfreiwilliger des ersten Weltkrieges," usw. -

"Ein prominenter Vertreter unter den NS-Literaten ist der in Laibach geborene Bruno Brehm. - In seinem Roman "Das war das Ende" führte er die Dolchstoßlüge in die Literatur ein." -

"Ein namhafter Opportunist ist Karl Bröger. Als Sohn eines Arbeiters in Nürnberg geboren, bindet er sich schnell an die deutsche Arbeiterbewegung. Zur Zeit der NS-Machtergreifung bekannte er sich offen zum Nationalsozialismus." -

"Einen bedauerlichen Mangel an Rückgrat und Mannestum zeigte Hans Carossa. Er gab sich durch seinen Einzug in die Deutsche Akademie der Dichtung 1933 dazu her, "den Nationalsozialismus salonfähig zu machen." -

"Ein Entgleister ist Edwin Erich Dwinger. Er lief im ersten Weltkrieg von der Schule, um als Kriegsfreiwilliger Abenteuer zu suchen. Nach seinem militärischen Schiffbruch verlegte er sich auf das Schreiben und wurde für die Vergiftung deutscher Leser 1935 mit dem Dietrich-Eckart-Preis ausgezeichnet. Hauptwerke: "Die Armee hinter Stacheldraht", "Zwischen Weiß und Rot", usw. -

"Kurt Eggers, ... weil der Krieg 'leider' zu Ende gegangen war, schlug er sich als Freikorpsmann herum, beteiligte sich am Kapp - Putsch und erstürmte mit anderen Landsknechten 1921 den Annaberg." -

"Mittelpunkt des heutigen Lippoldsberger Kreises unbelehrbarer Nazidichter ist Hans Grimm, - 1917 schrieb er im Auftrage des Kolonialamtes "Ölsucher von Duala". - Nach 1945 bekannt ... durch seinen Einsatz für eine Amnestie der Kriegsverbrecher." -

"In Wortakrobatik und Blenderei des literarischen Publikums machte und macht Ernst Jünger. - Er gilt noch heute als restauratives Element neofaschistischer Kreise." -

"Der in Striegau-Schlesien geborene Hans Christoph Kaergel entzündete sich als nationaler Dichter am oberschlesischen Kampf." -

"Als Streiterin im volksdeutschen Kampf im Auslande reiste Maria Kahle umher." -

"Zum Lippoldsberger Kreis der Unzeitgemäßen ist Erwin Guido Kolbenheyer zu zählen, - gehört dem unruhigen Teil der Sudetendeutschen an. -

Hitler verlieh Kolbenheyer zum 60. Geburtstag den Adlerschild des Deutschen Reiches." - (Keine Nennung der Werke Kolbenheyers.)

"Kilian Koll, Landsknecht und unsteter Freikorpsmann, schrieb "Urlaub auf Ehrenwort", - usw. -

Der Langen-Müller-Verlag wird als "Nazi-Verlag" bezeichnet, der als "Staatsverlag in der Hitlerzeit die Werke Grieses herausgab". (Über die Tatsache, daß dieser Verlag sich unter seinem Leiter Pätzold bis aufs äußerste der erzwungenen Gleichschaltung widersetzte, wird kein Wort gesagt.)

b.w.

"Freiherr Börries von Münchhausen, dessen mangelnden Mut gegen Hitler wir beklagten, kann in Neuausgaben festgestellt werden." -

Der sudetendeutsche Schriftsteller Wilhelm Pleyer (Onkel des "Friedensengels von Helsinki", Barbara Pleyer) wird in diesem "Almanach" kurzerhand als "der Tscheche, Wilhelm Pleyer" bezeichnet; das heißt doch soviel, als ob es ein Sudetendeutschtum gar nicht gäbe oder gegeben habe.

Gegen den siebenbürgendeutschen Schriftsteller Heinrich Zillich, dem die Südostdeutschen Landsmannschaften im Frühjahr den Literaturpreis ihres "Kulturwerkes" verliehen, wird das Zentralorgan des DGB "Welt der Arbeit"zitiert:"Es ist der erste Fall, daß ein demokratischer Staat seine literarischen Totengräber auszeichnet und finanziell belohnt". -

Paul Fechter fiel mit seiner neuen Literaturgeschichte bei C.Bertelsmann in tiefste Ungnade: "In der einschlägigen Presse ist es besonders übel vermerkt worden, daß Fechter in seiner Literaturgeschichte die Leiden der Naziautoren in der Nachkriegszeit hervorhebt," usw. -

Das alles wird in einem Atemzug mit rechtsradikalen Traktaten und Traktätchen aufgezählt, sodaß das eigentliche Thema von vornherein in einer politisch dubiosen Verpackung gereicht wird und für den naiven Leser der Anschein erweckt wird, als handele es sich hier um eine literarische Verschwörung gegen seine sozialen Interessen, den demokratischen Staat, die Geistesfreiheit und die Zukunft der Welt.

Da er gar nicht erfährt, - und auch gar nicht erfahren soll, - was die "Verschwörer" eigentlich im einzelnen geschrieben und gedacht haben, wird er nicht zu einem eigenen Urteil, sondern zur unbesehenen Feindschaft gegen diese seine Mitbürger und Zeitgenossen gleichsam der "Organisation" zuliebe veranlaßt.

Das ist aber genau jenes Prinzip, das dem Totalitarismus zugrundeliegt und ihn ausmacht, auch wenn es unter antitotalitärer Maske dort bekämpft und hier verwirklicht wird. Gegenüber dieser Wiedertäuferei steht ein wirkliches und echtes kulturelles Prinzip in Gefahr; das ist die tatsächliche Freiheit des Geistes, des Gewissens, der Überzeugung und ihre unparteiische Sicherung durch ein unumstößlich gleiches Recht für jedermann.

Es mag jedem kritikfähigen Menschen überlassen bleiben, ob und welche Vorzüge er den Werken und Auffassungen Grimms oder Kafkas, Carossas oder Thomas Manns abgewinnen will oder nicht. Es kann aber nicht als ein demokratisches Prinzip in Anspruch genommen und eingeführt werden, daß in einer satzungsgemäß "überparteilichen" Organisation zur überparteilichen Wahrung sozialer Interessen der Öffentlichkeit die Spielregeln der verfassungsmäßig garantierten Grundfreiheiten in tendenziöser und zweckbestimmter Zurichtung diktiert werden.

Denn diese Tendenz wird allein klar dadurch, daß nur die sogenannten "rechtsstehenden" Persönlichkeiten des literarischen Lebens in den Kollektivtopf der "Feinde der Demokratie" geworfen werden und nur ihnen gegenüber die "politische Vergangenheit" einen literarisch lächerlichen Wertmaßstab bieten soll. Weder Koestlers noch Pliviers politische und ideologische Herkunft und Wandlungen sind irgendwo in eine annähernd gleichartige Betrachtung gezogen. Offenbar sind Variationen über den Marxismus als geistiges Phänomen deshalb "tabu", weil es hier anscheinend nicht um die Verteidigung der Geistesfreiheit und Gedankenfreiheit als menschliche und demokratische Grundrechte, sondern um den Herrschaftsanspruch dieser Ideologie über diese menschlichen Grundrechte geht.

Dort aber steckt der angeblich "demokratische" Pferdefuß dieser im Element undemokratischen Zwecksetzung und ihres Anspruches. Sie dient nicht, wie glauben gemacht werden soll, der Verteidigung des persönlichen Freiheitsrechtes des Einzelnen, sondern der Errichtung eines

zentralistischen, weder sittlich noch moralisch, sondern allein in einer politischen Ideologie verankerten Polizistenamtes über die geistigen Vorgänge in der staatsbürgerlichen Gemeinschaft. Wenn die Demokratie die freiheitlichste und menschenwürdigste Form der menschlichen Gemeinschaftsordnung ist, dann sind die methodischen Prediger und Intellektuellen Fanatiker solcher planmäßigen Zielsetzungen in einer ideell weittragenden Bedeutung weit eher die "Feinde der Demokratie" als die kleinen Demagogen und beleidigten Gefühlsinvaliden des politischen Alltags der Gegenwart.

Von welcher Art allerdings die demokratischen Wertmaßstäbe der demokratischen Sittenrichter dieses niedersächsischen DGB-Informationsdienstes sind, wird in der Mai/Juni-Ausgabe an anderer Stelle und in anderem Zusammenhang deutlich. Dort wird Herr Hans Habe, alias BEKESSY, ehemals führender "Umerzieher" im amerikanischen Majorsrang und späterer Chefredakteur der "Münchener Illustrierten" und des "Echo der Woche" ausgiebigst gewürdigt und diskret dafür belobigt, daß unter seiner Direktive die genannten Blätter eine "eindeutig demokratische, antinazistische Haltung" eingenommen hätten. Der Illustrierten "Stern" dagegen wird eine "Beschimpfung im Stürmerjargon" vorgeworfen, weil sie seinerzeit die Forderung zu erheben wagte: "HINAUS aus DEUTSCHLAND mit dem SCHUFT und dazu erklärt hatte:

"Hans Habe, alias JANOS BEKESSY, galizischer Imigrant ... Es war nichts als galliger Speichel, der aus diesem Maule troff."

In dem niedersächsischen DGB-Dienst wird an diesem Exempel argumentiert: "Wir wollen an seinem Beispiel demonstrieren, welcher Methoden sich die Illustrierten gegen mißliebige Konkurrenten bedienen." -

Für sich selbst aber beansprucht der erwähnte Dienst das Recht, mißliebige Autoren und Verlage eben im Habe'schen Stile- (der "Tscheche" Pleyer)- auf plumpe und zweideutige Weise kollektiv als "Feinde der Demokratie" zu disqualifizieren und unter dem Vorwande "geistiger" Grundsatzrettung in ihrer materiellen Existenz zu treffen. Der "Scheiterhaufen" von 1953 wird lediglich unsichtbar beheizt. Das ist zwar ein optischer, aber kein prinzipieller Unterschied, gegenüber 1933. Die neue Methode ist deshalb indes umso perfider, als sie sich scheinheilig des Ansehens der Demokratie und ihres freiheitlichen Prinzipes bedient, während sie es in Wirklichkeit gar nicht zu respektieren wünscht.

Herr HABE hat unlängst in den USA eine neue Hetzbroschüre mit Ratschlägen gegen Deutschland herausgegeben "OUR LOVE AFFAIRE with GERMANY" ("Unsere Liebes-Affaire mit Deutschland"). Dazu stellte die New Yorker "Staatszeitung und Herold" fest:

"Diese Ratschläge würden nur dazu führen, das schon durch die Tätigkeit Herrn Habes in den ersten Nachkriegsjahren und durch andere Mißgriffe erzeugte Ressentiment noch zu vermehren, anstatt es abzubauen. Die Annahme der Habe'schen Vorschläge würde die Sache Malenkows stärken und die an sich schon schwer erkämpfte westeuropäische Einigung hemmen oder hinausziehen." -

Den literarischen Sittenrichtern und HABE-Freunden in Hannover kann nur geraten werden, einmal zu prüfen, wieweit ihre Methoden die "an sich schon schwer erkämpfte Einigung in der Jungen deutschen Demokratie hemmen oder hinausziehen" und allein dadurch schon "die Sache Malenkows" stärken dürften. Wenn aber schon politische Maßstäbe derzeit einen Vorrang haben sollen, dann kann ihre Zuverlässigkeit nach außen wie nach innen nur an dem Phänomen der "Sache Malenkows" im Sinne der Demokratie und ihrer Lebensinteressen bestimmt werden.

Die europäische Alternative.

Im Verlag "Rote Weißbücher-Köln" erschien soeben eine Broschüre von Hermann ACHMINOW, "Warum ändern die Sowjets ihren Kurs?", eine Analyse des 1920 in Murmansk geborenen Verfassers, der während des zweiten

b.w.

Weltkrieges in deutsche Kriegsgefangenschaft geriet und nicht in die UDSSR zurückkehrte; entworfen im November 1952 aus der unmittelbaren Erfahrung der ideologischen und tatsächlichen Bedingungen der Sowjetpolitik, von eindrucksvoller Aktualität für die derzeitigen Entscheidungen der Westpolitik, ausgehend von den letzten Erklärungen und richtungweisenden Darlegungen STALINS vom Oktober vorigen Jahres für die sowjetische Politik. Wir zitieren daraus den Schlußabschnitt:

"Stalins größte Hoffnung und die große Chance seiner Nachfolger liegt darin, daß die westlichen Politiker den Fragen der parlamentarischen Taktik den Vorrang vor den Grundsätzen der politischen Strategie geben, da sie meistens nur die Zeit bis zur nächsten Wahl als eine politische Realität empfinden. Die Sowjets dagegen sehen in der Taktik nur ein Mittel der Strategie. Hier liegt der Ansatzpunkt der sowjetischen Taktik. -

Die bisherige Integrationspolitik des Westens hat die Sowjets gezwungen, ihre bisherige Strategie zu ändern und eine Linie einzuschlagen, deren logisches Ende die Freigabe der Sowjetzone wäre. Wir wissen jedoch auch, daß es der Sowjetregierung gelungen ist, buchstäblich mit Hilfe einiger Leitartikel in der "Prawda" die Meinungsverschiedenheiten im Westen bedeutend zu verstärken. -

Zwar sind die Amerikaner "die besten Europäer", aber die Entwicklung in Europa wird letzten Endes doch durch die europäischen Mächte bestimmt. Die Schwierigkeiten in der Ratifizierung des EVG-Vertrages zeigen am deutlichsten, daß die USA wohl ihren Einfluß geltend machen, aber nicht diktieren können. Stalin glaubte nicht an die unumschränkte Macht der USA. Er wußte, daß die Einheit der westlichen Welt nicht auf die imperialistischen Ambitionen Amerikas, sondern auf den Druck aus dem Osten zurückzuführen ist, und er rechnete damit, daß das Nachlassen dieses Drukkes, der ja nur vom Willen der Sowjetregierung abhängt, diese Einheit beeinträchtigen kann.

Die USA sind nicht einständig in Europa wirkender Faktor, denn sie haben auch Verpflichtungen in Asien. Es ist nicht ausgeschlossen, daß einmal auch die Parole "Asien zuerst" für die Position der USA maßgeblich sein kann. Die Vorstellung von der unbegrenzten Macht der USA kann eine verhängnisvolle Rolle spielen. Paradoxerweise spekulieren auch die Gegner der europäischen Verteidigungsgemeinschaft darauf, daß die USA "Europa doch nicht im Stich lassen können". Die USA werden der weiteren Verbreitung des Kommunismus, wenn nötig, mit Waffengewalt begegnen. Werden sie aber imstande sein, einen von den Sowjets (-auf weitere Sicht-) entfesselten Krieg zwischen den europäischen Staaten zu verhindern?

Seit etwa hundert Jahren befindet sich die Welt im Zustand eines latenten Bürgerkrieges. Die Auseinandersetzung zwischen dem Kommunismus und der Demokratie wird voraussichtlich auch die Entwicklung der Welt in den nächsten fünfzig Jahren bestimmen. Bei dieser Auseinandersetzung steht viel auf dem Spiel; und die Erfahrung Rußlands und anderer kommunistisch regierter Länder lehrt, daß es dabei nicht nur um das Schicksal der "herrschenden Klassen" geht, denn der Hauptleidtragende ist zweifellos der kleine Mann, der die Last geschichtlicher Umwälzungen tragen muß. -

Das Schicksal gab den Völkern Europas eine Chance. Wir wissen, daß die kommunistischen Führer Rußlands in der Vereinigung Europas eine Todesgefahr für den Kommunismus sehen. Doch hat der Tod Stalins die Sowjetunion in eine Lage versetzt, die es der UDSSR verbietet, irgendwelche Gewaltmaßnahmen zu ergreifen. Diese Lage wird sich im Laufe weniger Jahre ändern. Es kann zum Sturz der Diktatur, es kann zur Stabilisierung derselben und somit zur Erhöhung der Kriegsgefahr kommen. Jetzt hat Europa Zeit, eine qualitative Veränderung der Lage herbeizuführen und einen Zustand zu schaffen, in dem nicht nationale Staaten, sondern die Gemeinschaft Europas die geschichtliche Zukunft bestimmen. Bei dieser Entscheidung können sich die Völker Europas im Verlauf der nächsten zwei Jahrzehnte, die voraussichtlich für die wirkliche Integration Europas notwendig sein werden, weder auf die amerikanische Hilfe verlassen, noch darauf, daß die Sowjetregierung durch einen fortdauernden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Druck die Vereinigung Europas erleichtert. Wir können zwar in der Politik nur mit Wahrscheinlichkeit rechnen, aber es geht um Sein oder Nichtsein."-